

Niederschrift
über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses
am 03.03.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Dr. Simon Lange

Herr Frank Strothmann

SPD

Frau Ayla Avvuran

Herr Lars Nockemann

Herr Sören Witt

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Herr Robert Grafe

Herr Dominic Hallau

Frau Sarah Labarbe

BfB

Herr Dietmar Krämer

AfD

Herr Ricky Barylski

Die Partei

Herr Tjark Nitsche

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Von der Verwaltung:

Herr Eichler – Digitalisierungsbüro

Herr Stadtkämmerer Kaschel – Dezernat 1

Herr Kobusch – Amt für Geoinformation und Kataster

Herr Leifeld – Schriftführer - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Herr Meier – Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Der Ausschussvorsitzende Herr Vollmer begrüßt die Mitglieder zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Er informiert, dass die Fraktionen von CDU und SPD eine Pairing-Vereinbarung für die heutige Sitzung getroffen haben.

Die Beratung zu dem Antrag der Koalition unter Tagesordnungspunkt Ö4.4 werde gemäß der Beratungsfolge zunächst in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses erfolgen. Die anschließende Beratung im Digitalisierungsausschuss erfolge daher in der nächsten Sitzung.

Das digitale Aufzeichnungsgerät wird gestartet.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 03.02.2022**

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 03.02.2022 wird nach Inhalt und Form genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Mitteilung "Luca App"**

Die Mitteilung lautet:

Mitteilung „LucaApp“

Bis vor einigen Monaten mussten Gastronom*innen und Veranstalter*innen aufgrund der Regelungen in der Coronaschutzverordnung NRW die einfache Rückverfolgbarkeit sicherstellen und dabei mindestens Name, Adresse und Erreichbarkeit (Telefon oder E-Mailadresse) aufnehmen, zwei Wochen vorhalten und auf Anforderung an das Gesundheitsamt übermitteln.

Neben der Möglichkeit, papiergebundene Listen zu führen, gab es einige digitale Alternativen, wobei sich die Luca-App in Bielefeld als führende App durchgesetzt hat.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Luca-App generell ein sinnvolles Mittel zur Sicherstellung der einfachen Rückverfolgbarkeit in der Gastronomie und bei Veranstaltungen. Es könnte mit einem einfachen Scannen eines QR-Codes die Nachverfolgbarkeit sichergestellt werden. Andere Anbieter, wie beispielsweise die Corona-Warn-App, erfüllen die Voraussetzungen zur einfachen Rückverfolgbarkeit nicht. Vor allem die Lieferung von Kontaktdaten ist über einige Anbieter, wie z.B. die Corona-Warn-App, nicht möglich.

Die Verwaltung stellt allerdings die Rückverfolgbarkeit an sich aus folgenden Gründen in Frage:

1. Rückverfolgbarkeit in Restaurants: Personen, die mit Familie, Freunden oder Bekannten in ein Restaurant gehen, können die Personen im Rahmen der Kontaktnachverfolgung gut benennen. Eine digitale Rückverfolgbarkeit ist daher nicht nötig. Personen, die an benachbarten Tischen saßen, fallen in der Regel nicht unter die Definition von „engen Kontaktpersonen“.

2. Rückverfolgbarkeit in Clubs und Diskotheken: In großen Clubs und Diskotheken entstehen wiederum viele unbekannte Kontakte und Kontakte unterschiedlicher Relevanz. Hier bietet die Luca-App zumindest die Möglichkeit, bei einer positiven Person alle weiteren Anwesenden zu informieren. Dies ist in der Vergangenheit in zwei Fällen erfolgt. Bei der Beurteilung von Kontakten hilft die digitale Nachverfolgung nicht.

Insgesamt zeigt sich, dass die Luca-App zwar ein gutes Mittel ist, um die Rückverfolgbarkeit sicherzustellen. In der Praxis hatte die Luca-App – genauso wenig wie andere digitale oder analoge Instrumente – eine sehr geringe Relevanz für die Kontaktnachverfolgung.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.2

Mitteilung - technischer Sachstand hybride Gremiensitzungen

Die Mitteilung lautet:

Mitteilung zum technischen Sachstand hybride Gremiensitzungen

Die Stadt Bielefeld hat sich an dem Modellprojekt „Digitale und hybride Gremiensitzungen“ des Landes beteiligt.

Es gab zwischen dem 14.09.2021 und dem 14.12.2021 insgesamt vier Videokonferenzen, zu denen das Land eingeladen hatte. In diesen Konferenzen wurden Anforderungen aus Benutzersicht erarbeitet (s. Anlage „Fragebogen“) und die teilnehmenden Kommunen wurden gebeten, teilweise mindestens eine hybride Sitzung durchzuführen und die Ergebnisse anhand eines zur Verfügung gestellten Fragebogens zu dokumentieren.

Dafür wurden den Teilnehmern diverse Tools zur Durchführung von Videokonferenzen und Abstimmungen vorgestellt, mit der Bitte den Test damit durchzuführen. Es gab weder eine konkrete Empfehlung für bestimmte Tools noch wurden diese technisch bereitgestellt. Es wurde lediglich der Wunsch geäußert, jeweils ein Tool für Videokonferenz und Abstimmung einzusetzen.

Aufgrund der knappen Zeit, die für die Beschaffung von Testlizenzen, Installation und Tests zur Verfügung stand, hat sich die Stadt Bielefeld entschieden, nur das Tool „Vote@Home“ zu testen, da dieses die erarbeiteten Anforderungen überwiegend erfüllt.

Die Projektleitung wurde darüber informiert und hat der Teststellung zugestimmt.

In der 47. KW fand dann eine – aus technischer Sicht erfolgreich verlaufene - Testsitzung unter Leitung des Büros des Rates statt, an der die Schriftführungen des Büros des Rates sowie Mitarbeiter der IT teilgenommen haben. Anschließend wurde ein von der Projektleitung gemeinsam mit dem Dienstleister Deloitte entwickelter Fragebogen beantwortet und der Projektleitung zugesandt (s. Anlage „Bewertungsbogen“).

In der letzten Videokonferenz am 14.12.2021 stellte die Projektleitung die Projektergebnisse aller Teilnehmer vor und zog ein insgesamt positives Resümee (s. Anlage „Abschlussbericht“). Mit Datum vom 15.12.2021 hat das MHKBG einen Gesetzesentwurf der Landesregierung zur „Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ vorgelegt (s. Anlage „Gesetzesentwurf“). Für die technische Ausstattung und Umsetzung müssen die Kommunen ggfls. eigenverantwortlich tätig werden. Eine zentrale Bereitstellung von Software oder Unterstützung durch das Land ist nicht vorgesehen.

Mit Schreiben vom 15.12.2021 hat der Städtetag NRW diesen Gesetzesentwurf an seine Mitgliedstädte m. d. B. um Stellungnahme bis zum 03.01.2022 übersandt. In ihrer Stellungnahme an das MHKBG vom 05.01.2022 haben die Kommunalen Spitzenverbände NRW sowie der Verband kommunaler Unternehmen NRW den Gesetzesentwurf aus einer Vielzahl von Gründen als „dringend überarbeitungsbedürftig“ erachtet. Zu den Einzelheiten wird auf die beigefügte Stellungnahme verwiesen (s. Anlage). Das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

Kenntnisnahme

-.-.-

Die Mitteilung lautet:

DigitaleZukunft@OWL – Fachkonferenz mit viel Tempo, Methodenvielfalt und anschaulichen Beispielen

Am **Donnerstag, den 10. März 2022** findet der Digitalkongress [DigitaleZukunft@OWL](#) statt, zu dessen Online-Teilnahme die Damen und Herren des Digitalisierungsausschusses in der Zeit von 9.00 bis 18.00 Uhr herzlich eingeladen sind.

Die Stadt Bielefeld als Modellkommune der Digitalen Modellregion Ostwestfalen-Lippe (OWL) ist Mitveranstalterin und Initiatorin dieses Fachkongresses, der unter dem Motto

DigitaleZukunft@OWL – Wissen teilen | inspirieren | gestalten

Kompetenzträger*innen zusammenbringen, sie vernetzen und den Rahmen für Inspiration und neue Ideen schaffen will. Es handelt sich um ein hybrides Veranstaltungsformat vor Ort im Heinz Nixdorf MuseumsForum in Paderborn und Übertragung via Livestream. Die Anmeldung für den Stream ist über die Webseite www.digitalezukunftowl.de möglich.

Schirmherr und Programm

Der Schirmherr der Veranstaltung ist Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Auf dem Programm stehen 50 Kurzpräsentationen von Digitalprojekten aus der Region, die die neuesten Trends und Innovationen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft vorstellen. Alle [Programmdetails](#) finden Sie auf der Webseite des Kongresses.

Sprecher*innen

Hochkarätige Sprecherinnen und Sprecher geben weitere Impulse. So wird Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, die Eröffnungs-Keynote sprechen. Weitere Speaker sind Ina Brandes, Ministerin für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Christoph Keese, Geschäftsführer, Axel Springer hy GmbH, Christian Miele, Vorstandsvorsitzender und geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Bundesverband Deutsche Startups e.V., Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow, Präsident, HafenCity Universität Hamburg, Michael Pfefferle, Bereichsleiter Smart City & Smart Region, Bitkom e.V., Dr. Jochen Viehoff, Geschäftsführer, Heinz Nixdorf MuseumsForum.

Die Veranstaltung wird von Stephan-Andreas Casdorff, Herausgeber 'Der Tagesspiegel', moderiert.

Kenntnisnahme

Herr Vollmer informiert, dass er an einer Informationsveranstaltung der Stadtwerke Bielefeld und des Umweltbetriebs zu „smart-waste“ teilgenommen habe. Hier werden Füllstandssensoren an öffentlichen Müllbehältern installiert, die die aktuellen Füllstände übertragen. Diese Informationen können genutzt werden, um eine zeitige Leerung dieser oftmals großflächig verteilten Müllbehälter vorzunehmen und Anfahrtsrouten zu optimieren. Über Ergebnisse dieses Geoprojekts werde er im Digitalisierungsausschuss berichten.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.5

Mitteilung zum "Arbeitskreis Schulen"

Zu einer Nachfrage von Frau Avvuran in der Sitzung des DA am 03.02.2022, TOP Ö7, zur Einsicht von Protokollen und Ergebnissen des Arbeitskreises Schulen verliest Herr Vollmer eine Stellungnahme der Verwaltung:

„Der Arbeitskreis Digitalstrategie ist eine verwaltungsinterne nichtöffentliche Austauschform, in dem Vertreter der Schulformen und der Schulaufsicht das Amt für Schule beraten. Insbesondere werden Fragen der technischen Ausstattung im Rahmen der pädagogischen Anforderungen beleuchtet. Die Zuständigkeit für die Ausstattung der Schulen liegt gem. § 79 SchulG NRW allein beim Schulträger. Der Arbeitskreis Digitalstrategie fasst aufgrund der fehlenden Mitwirkungskompetenz der Schulen keine Beschlüsse.

Die Ergebnisse des Arbeitskreises werden von der Verwaltung in der Digitalstrategie und in der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans verarbeitet, die dem Schul- und Sportausschuss und dem Digitalisierungsausschuss vorgelegt werden. Der unter TOP Ö7 der DA-Sitzung vom 03.02.2022 vorgebrachten Bitte zur Veröffentlichung der verwaltungsinternen Ergebnisse des Arbeitskreises, die lediglich einen Baustein im Erarbeitungsprozess darstellen, können wir daher nicht nachkommen.“

Herr Vollmer betont, auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Digitalisierungsausschusses, dass er dieses für inakzeptabel halte. Die Digitalisierung der Schulen sei ein wichtiger Punkt und daher ist die Politik im Rahmen der Transparenz auch über diesen Arbeitskreis zu informieren. Er sichert dem Digitalisierungsausschuss zu, dass er an dem Thema dranbleiben werde.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3

Anfragen

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Anfrage der Gruppe Die Partei - Datenleck AltstadtRaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3479/2020-2025

Herr Vollmer erläutert, dass die Antwort der Verwaltung in der Informationsvorlage zu Tagesordnungspunkt Ö3.4 erfolge.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage der Fraktion Bündnis90/DieGrünen - Datenschutz Open-Data-Portal - Projekt altstadt.raum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3478/2020-2025

Herr Vollmer erläutert, dass die Antwort der Verwaltung in der Informationsvorlage zu Tagesordnungspunkt Ö3.4 erfolge.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Anfrage der Fraktion SPD - Datenpanne Open-Data-Portal - altstadt.raum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3488/2020-2025

Herr Vollmer erläutert, dass die Antwort der Verwaltung in der Informationsvorlage zu Tagesordnungspunkt Ö3.4 erfolge.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.4 altstadt.raum: Datenschutz im Rahmen der Online-Umfrage

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3509/2020-2025

Herr Vollmer erläutert, dass diese Vorlage eine zusammengefasste Antwort der Verwaltung auf die Anfragen zu den Tagesordnungspunkten Ö3.1, Ö3.2 und Ö3.3 sei.

Herr Nitsche fragt, ob neben den benannten Downloads ein Zugriff auf die Daten auch ohne einen Download erfolgt sei oder dazu die Möglichkeit bestand.

Herr Kobusch verneint dieses.

Herr Vollmer fragt, ob ein Interesse an einer weiteren, umfangreicheren Darstellung bestehe, oder ob die Antwort der Verwaltung als ausreichend angesehen werde.

Frau Avvuran hält dies nicht für erforderlich.

Herr Lange erklärt, dass dies nur notwendig sei, falls dadurch wichtige, ergänzende Informationen erfolgen würden.

Herr Vollmer wird dies bis zu nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses mit der Verwaltung abstimmen und klären.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.5

Anfrage der Fraktionen SPD, Bündnis90/DieGrünen, Die Linke - Stand des Breitbandausbaus in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3252/2020-2025

Herr Vollmer erläutert, dass die Beantwortung der Anfrage mit der Informationsvorlage zu Tagesordnungspunkt Ö3.5.1 erfolge.

-.-.-

Zu Punkt 3.5.1

Umsetzungsstand des Breitbandausbaus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3406/2020-2025

Herr Vollmer dankt die Verwaltung für die sehr detaillierte und informative Vorlage. Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 3.6

Anfrage der Fraktion Bündnis90/DieGrünen - Weiterbildungsmöglichkeiten Digitalisierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3514/2020-2025

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3.7 Anfrage der Fraktion CDU - Datenpannen bei der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3525/2020-2025

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90-DieGrünen, Die Linke - Baumfäll- und Pflanzkataster

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3506/2020-2025

Herr Hallau erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass es bereits ein sehr detailliertes Baumkataster mit Informationen zu den städtischen Bäumen gebe. Das Thema Baumpflege und Baumfällung rücke immer stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung und es sei daher sinnvoll, dieses Baumkataster entsprechend dem Antrag zu erweitern.

Herr Lange erklärt, dass der Antrag hinsichtlich eines Mehrwertes an Informationen noch nicht plausibel und nachvollziehbar sei. Hier müsse noch nachgebessert werden.

Herr Kobusch erläutert, dass aus Sicht der Geoinformationen alle öffentlichen Bäume in Bielefeld erfasst seien, die vom Umweltbetrieb bewirtschaftet werden. Die beantragten Informationen seien noch nicht erfasst, was aber technisch kein Problem darstelle, wenn die notwendigen Daten mit

einem entsprechenden Informationsgehalt geliefert werden. Er könne an dieser Stelle aber nicht sagen, ob im Umweltbetrieb diese Daten schon vorliegen.

Herr Hallau ergänzt, dass es aus der Bevölkerung immer viele Nachfragen bei Baumfällungen gebe und daher ein entsprechend starkes Informationsbedürfnis feststellbar sei. Daher solle auf diesem Weg eine schnelle und detaillierte Informationsmöglichkeit geschaffen und zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lange betont, dass es sich hier ausschließlich um „öffentliche“ Bäume des Umweltbetriebes handele. Er schlage daher vor, dass zunächst beim Umweltbetrieb nachgefragt werde, ob die benötigten Daten und Informationen dort überhaupt zur Verfügung stehen oder erhoben werden können.

Herr Vollmer schlägt vor, dass der Umweltbetrieb aufgefordert werde zur nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses über die Datenlage zu den gewünschten Informationen zu berichten. Der Antrag solle daher zur nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses vertagt werden, um den Bericht dann mit in die Beratung aufzunehmen und entscheiden zu können.

Der Digitalisierungsausschuss ist mit der Vorgehensweise einverstanden und fasst folgenden

Beschluss:

Der Umweltbetrieb wird aufgefordert zur nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses über die Datenlage zu den gewünschten Informationen zu berichten. Der Antrag wird zur nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses vertagt, um den Bericht mit in die Beratung aufzunehmen und entscheiden zu können.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Antrag der Fraktionen SPD, Bündis90/DieGrünen, Die Linke - Bänke und Parkbänke in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3536/2020-2025

Herr Vollmer erläutert den Antrag, der aus der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses resultiere, da dort über verfügbare öffentliche Bänke in einem Stadtbezirk diskutiert worden sei. In diesem Zusammenhang sei es sinnvoll, die Standorte von Bänken im gesamten Stadtgebiet in öffentlich zugänglichem Kartenmaterial festzulegen. Dies vor allem zur Information von Menschen, die in der Mobilität eingeschränkt sind. Ihm sei bekannt, dass der Umweltbetrieb dazu bereits einige Datensätze besitze, die aber nicht öffentlich zugänglich seien.

Herr Kobusch erklärt auf Nachfrage von Herrn Vollmer, dass er die Datenlage des Umweltbetriebes nicht kenne. Aus Datensätzen eine entsprechende Karte über Standorte von Bänken zu erstellen sollte technisch kein Problem darstellen, soweit die zu übernehmenden Datensätze systemtechnisch bereits koordinatenmäßig verortet seien.

Herr Lange schlägt vor und Herr Vollmer formuliert einen Prüfantrag des Digitalisierungsausschusses an die Verwaltung, ob entsprechende Geo-Datensätze bereits verfügbar sind oder verfügbar gemacht werden können und dazu im Digitalisierungsausschuss zu berichten.

Der Digitalisierungsausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Geo-Datensätze über die Standorte von öffentlichen Bänken und Parkbänken bereits verfügbar sind oder verfügbar gemacht werden können und dazu im nächsten Digitalisierungsausschuss zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.3

Antrag der Fraktionen SPD, Bündis90/DieGrünen, Die Linke - Stichwortregister Geoportal

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3537/2020-2025

Herr Kobusch erläutert die Möglichkeiten zur Textsuche im Geoportal.

Herr Vollmer beschreibt Probleme mit der Suchfunktion im Geoportal, die oftmals eine zusätzliche, aufwendige Recherche bedinge. Auch bei einer gezielten Suche sei es oftmals schwierig, die gewünschte Karte mit den entsprechenden Informationen zu finden. Hier sei ein detailliertes Stichwortregister mit entsprechendem Link zur gewünschten Karte oder Anwendung wünschenswert und anwenderfreundlicher.

Herr Kobusch erläutert, dass unter „Meta-Daten“ ein umfangreiches Stichwortregister aller vorhandenen Daten vorhanden sei. Die Ergebnisausgabe erfolgt lediglich in Textform, eine Verlinkung ist nicht vorhanden. Es müsse geprüft werden, ob und inwieweit dies technisch realisierbar ist.

Frau Avvuran regt an, den nicht geläufigen Begriff „Meta-Daten“ durch den Begriff „Stichwortregister“ zu ersetzen, da dies allgemein verständlich sei. Herr Vollmer formuliert daher einen Prüfauftrag an die Verwaltung, dass der Begriff „Meta-Daten“ durch einen allgemein verständlichen Begriff zu ersetzen sei und die technischen Möglichkeiten zu einer Verlinkung zu den einzelnen Suchtreffern sowie eine Erweiterung des Stichwortregisters zu

prüfen. Dies möge in der nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses berichtet werden.

Beschluss:

Der Digitalisierungsausschuss bittet die Verwaltung im Geo-Portal den Begriff „Meta-Daten“ durch einen allgemein verständlichen Begriff, zum Beispiel Stichwortregister, zu ersetzen, die technischen Möglichkeiten zu einer Verlinkung zu den einzelnen Suchtreffern sowie eine Erweiterung des dieses Stichwortregisters zu prüfen und in der nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.4

Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90-DieGrünen, Die Linke - Digitalstrategie (Medienentwicklungsplan)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3559/2020-2025

Der Ausschussvorsitzende, Herr Vollmer, informiert, dass der Antrag gemäß der Beratungsfolge zunächst in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu beraten sei. Die Beratung im Digitalisierungsausschuss sei daher zur nächsten Sitzung zu vertragen.

vertagt

Zu Punkt 5

Onlinezugangsgesetz (OZG) - Stand der Umsetzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3508/2020-2025

Herr Grafe bittet um eine detaillierte Aufstellung und Information zu den einzelnen Projekten im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes. Herr Kaschel informiert, dass künftig eine regelmäßige Berichterstattung zum OZG vorgesehen sei. Der nächsten Informationsvorlage werde eine entsprechende Aufstellung beigefügt.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 6

Software "Sormas"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3522/2020-2025

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 7 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

- keine -

Bielefeld, den 08.03.2022

Bernd Vollmer
Ausschussvorsitzender

Dieter Leifeld
Schriftführer